

LandesAstenKonferenz Baden-Württemberg
c/o AStA Uni Freiburg, Belfortstr. 24, 79085 Freiburg



www.lak-bawue.de

An die Presse

VORSTAND:
(LAK-bawue-praesidium@studis.de)

Sandro Philippi

c/o U-AStA Uni Konstanz
Postfach D56
Universitätsstr.10
78457 Konstanz

Telefon:01746151666
sandro.philippi@uni-konstanz.de

Jessica Rauch

c/o AStA Uni Mannheim
L4,12
68161 Mannheim

Tel: 0621/181-3373
Fax:0621/181-3371
Handy: 017664349072

Albrecht Vorster

c/o AStA
Belfortstraße 24
79085 Freiburg

Telefon: 0178/8121841
Fax: 0761/203-2034
albrecht@u-asta.de

23/03/2010

Studierende stimmen gegen Rüstungsforschung

Die LandesStudierendenVertretung Baden-Württemberg fordert die Einführung und Unterstützung von Zivilklauseln für alle Hochschulen des Landes

Stuttgart (LaStuVe). Die LandesStudierendenVertretung (LaStuVe) beschließt die Forderungen nach der Einführung von Zivilklauseln im Land Baden-Württemberg. Damit schließt sie sich den Erklärungen des Bildungsstreikbündnisses des Landes und dem DGB an, der seine Forderungen diesbezüglich am 06. März veröffentlichte.

Die Forderung auf rüstungsrelevante Forschung an Hochschulen zu verzichten ist damit wieder aktuell. Angestoßen wurden diese landesweiten Erklärungen durch die kürzlich verabschiedete Selbstbeschränkung der Universität Tübingen auf Forschung für ausschließlich friedliche Zwecke. Ebenso werden am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) die Stimmen für eine umfassende Zivilklausel lauter. Für eine solche haben die Studierenden in einer Urabstimmung votiert. Vorbild für diese Bewegung bleibt die fortschrittliche Zivilklausel der Universität Konstanz. Diese wurde bereits im Jahr 1991 vom großen Senat der Universität beschlossen und hat bis heute unangetastete Gültigkeit.

„In Zeiten finanzieller Verwahrlosung der Hochschulen, werden diese mehr und mehr abhängig von Drittmitteln. Damit wird die wissenschaftliche Lehranstalt ‚Hochschule‘ durch fremde Interessen aus der

Wirtschaft ferngesteuert", erklärt Sandro Philippi Präsidiumsmitglied der Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg (LatStuVe) und betont: „Solche Einflussnahmen auf gesellschaftliche Güter lehnen wir von Grunde auf ab!"

„Besonders verwerflich wird dies, wenn die Hochschulen in den Dienst der Rüstungsindustrie geraten", bekräftigt Jessica Rauch, ebenfalls Präsidiumsmitglied der LatStuVe und sagt: „Wissenschaft muss konstruktiv sein, das Ziel der Hochschule ist Fortschritt im Sinne des gesellschaftlichen Wohlergehens. Krieg ist das Gegenteil von all dem."

„Zivilklauseln sind ein Schritt auf dem Weg sicherzustellen, dass die Hochschulen ihre eigentliche Aufgabe nicht verfehlen. Sie entsprechen der Friedensfinalität des Grundgesetzes“, erläutert Philippi und fordert: „Die Hochschulen müssen endlich richtig finanziert und demokratisiert werden! Dann könnte man auch von ‚Autonomie‘ sprechen.“

Anhang:

1 Senatsbeschluss der Universität Konstanz:

„Auch der Wissenschaft und Forschung kommt im Hinblick auf die angehäuften Waffenpotentiale in unserer Zeit eine immer größere Verantwortung zu. Der Große Senat der Universität Konstanz erklärt hierzu, dass Forschung für Rüstungszwecke, insbesondere zur Erzeugung von Massenvernichtungswaffen an der Universität Konstanz keinen Platz hat und auch in Zukunft keinen Platz haben wird.“

2. Auszug aus der Präambel der Universität Tübingen:

„Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“

Kontakt zum Präsidium:

LAK-bawue-praesidium@studis.de

Sandro Philippi, sandro.philippi@uni-konstanz.de, Tel.: 01746151666

Jessica Rauch, jrauch@rumms.uni-mannheim.de, Tel.: 017664349072

Albrecht Vorster, albrecht@u-asta.de, Tel.: 01788121841